

Flüchtlingsheime: Security-Skandal weitet sich aus

VON THOMAS REISENER
UND CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

DÜSSELDORF Die Landesregierung und die Bezirksregierung Düsseldorf geraten wegen der Beschäftigung von fragwürdigem Personal in NRW-Flüchtlingsheimen zunehmend unter Druck. „NRW-Innenminister Jäger hat trotz der Vorfälle in Burbach nichts dazugelernt. Das zeigen die aktuellen Fälle in Finnentrop und Niederkrüchten“, sagt CDU-Fraktionsvize André Kuper.

Mit zwei Anfragen zu beiden Komplexen will Kuper Jäger zu einer Aussprache im Parlament zwingen.

Vor zwei Jahren sollen Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes in einer Flüchtlingsunterkunft in Burbach Filme und Fotos von der Misshandlung von Flüchtlingen gemacht haben. Wie unsere Redaktion gestern berichtete, ist dieselbe Fir-

ma weiterhin in einer Flüchtlingsunterkunft in Niederkrüchten im Einsatz. Außerdem wollte die Bezirksregierung Düsseldorf in Niederkrüchten nun eine Sicherheitsfirma beauftragen, die zuvor in Schleswig-Holstein wegen massiver Verstöße komplett aus dem Flüchtlingsbereich ausgeschlossen worden war. „Bei der Entscheidung war der günstigste Preis für die geforderte Qualität ausschlaggebend. Nur Firmen, die den Anforderungen entsprechen, kommen für die Leistungsvergabe überhaupt in Frage“, sagte eine Sprecherin der Bezirksregierung Düsseldorf. „Der Vertrag mit der derzeitigen Sicherheitsfirma in der Zentralen Unterbringungseinrichtung in Niederkrüchten läuft zum 30. November aus.“ Die juristischen Vorgaben im Vergabeverfahren seien klar definiert.

„Da zum jetzigen Zeitpunkt keine Gründe für einen Ausschluss vorliegen, die Firma derzeit alle Voraussetzungen erfüllt, konnte man sie nicht außen vor lassen“, sagte die Behördensprecherin.

Im sauerländischen Finnentrop wiederum, wo die Bezirksregierung Arnsberg zuständig ist, wurde ein heute 51-jähriger Heimleiter trotz 19 Vorstrafen eingestellt. Ihm wird nun vorgeworfen, mehrfach eine Syrerin aus dem Heim vergewaltigt zu haben. Er muss sich vor Gericht verantworten. Kuper: „Es steht der Verdacht im Raum, dass einfach das günstigste Angebot genommen worden ist, obwohl eigentlich Qualitätsstandards dem Preis vorgehen müssten.“ Kuper will von Innenminister Jäger wissen, wie er das Agieren der jeweiligen Bezirksregierungen beurteilt.

Integrationspauschale: Kraft will 434 Millionen behalten

DÜSSELDORF (RP) NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat die Forderung der Kommunen zurückgewiesen, dass das Land die vom Bund erhaltenen Mittel für die Integration der Flüchtlinge an sie weiterleitet. Es geht um je 434 Millionen Euro für 2016, 2017 und 2018. Insgesamt stellt der Bund den Ländern in diesem Zeitraum zwei Milliarden Euro zur Verfügung.

Vor Journalisten sagte Kraft, das Land sei zwar mit den Kommunen solidarisch und statte sie finanziell gut aus. Die Integrationspauschale des Bundes sei aber für die Länder bestimmt, und deshalb solle das Geld in der Landeskasse bleiben.

Demgegenüber hatte es der Städte- und Gemeindebund, der die Interessen der kleineren und mittelgroßen Kommunen vertritt, als „zwingend nötig“ bezeichnet, dass

das Land die 434 Millionen Euro „jährlich ungeschmälert“ den Kommunen überlässt. Die Umsetzung der Integration dürfe auf keinen Fall von der Kassenlage der einzelnen Städte oder Gemeinden abhängen, so Hauptgeschäftsführer Bernd Jürgen Schneider. Die CDU sieht das genauso: „Die Gelder des Bundes dürfen nicht im Landeshaushalt versickern“, warnt der Kommunalexperte der Landtagsfraktion, André Kuper.

Kompromissbereiter ist dagegen der Städtetag NRW, die Interessenvertretung der größeren Städte. Erst in der vergangenen Woche hatte der Vorsitzende der Organisation, Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD), gefordert, dass das Land „einen angemessenen Teil“ der Integrationsmittel des Bundes an die Kommunen weitergeben solle.